

+++ Sicher mit Schreiber +++

+++ 1/2014 +++



Liebe Leserinnen und Leser,

Seit 2006 vertrete ich die Ortsteile Wendenschloß, Allende, Müggelheim, Kietzer Feld und die Altstadt Köpenick im Berliner Abgeordnetenhaus. Als Sprecher der SPD-Fraktion für Verfassungsschutz und Queerpolitik bin ich insbesondere in den Ausschüssen für Inneres und Sicherheit, für Verfassungsschutz und für Rechtsangelegenheiten und für Gesundheit und Soziales aktiv.

Ich bin Ihr Ansprechpartner für Probleme, die Sie haben, für Fragen, die Sie sich stellen, oder Anregungen, Wünsche und auch Kritik. Dazu bin ich jederzeit für Sie erreichbar. Schreiben Sie mir per Post oder E-Mail oder rufen Sie mich einfach an. Meine Daten finden Sie am Ende des Newsletters.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen:

- | | |
|---|------|
| ▪ SPD-Erfolge in der Bundesregierung – Extremismusklausel abgeschafft | S. 1 |
| ▪ Mehr Lobbyarbeit für die Freiwillige Feuerwehr in Berlin! | S. 2 |
| ▪ Volksinitiative zum Nachtflugverbot von 22 bis 06 Uhr | S. 3 |
| ▪ Unterstützung der Flüchtlingsunterkunft Allende | S. 3 |
| ▪ Tram-Linie 62 weiter gesichert und wird barrierefreier | S. 4 |
| ▪ Zügiger Neubau der Salvador-Allende-Brücke geplant | S. 4 |
| ▪ SPD-Fraktionsklausur zur Innenpolitik – Was wird aus den Beschlüssen? | S. 4 |
| ▪ Gesprächsrunde mit den Auszubildenden der Berliner Polizei | S. 5 |
| ▪ Leichte Erfolge beim Kampf gegen Diebstähle und Einbrüche | S. 6 |
| ▪ Kampf gegen die Rockerkriminalität – Erschreckende Erkenntnisse | S. 6 |
| ▪ Schwierige CSD-Debatte in Berlin | S. 7 |
| ▪ Eröffnung des ersten queeren Jugendhauses in Berlin | S. 7 |
| ▪ Anträge zur Initiative Sexuelle Vielfalt auf dem Weg | S. 7 |
| ▪ Kontakt | S. 8 |



Sicher mit Schreiber

Herzlichst

Ihr Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin



+++ SPD-Erfolge in der Bundesregierung – Extremismusklausel abgeschafft +++

Länger als 100 Tage ist die Koalition aus CDU/CSU und SPD nun im Amt und man kann wirklich nicht behaupten, beide hätten sich viel ausgeruht. Neben all' den Schwierigkeiten bei den Koalitionsverhandlungen und um den Rücktritt von Hans-Peter Friedrich kann die neue Regierung vor allem inhaltlich ein beachtenswertes Programm vorweisen. Bei den Initiativen zur Rente und zum Mindestlohn, in der Außenpolitik, bei der Mietpreisbremse und dem Umgang mit Daten und einigen anderen Themen zeigt sich die sozialdemokratische Handschrift überdeutlich.

Ganz besonders wichtig finde ich dabei die faktische Abschaffung der Extremismusklausel. 2011 hatte die damalige Familienministerin Schröder alle Vereine und Initiativen, die über Programme gefördert wurden, verpflichtet nicht nur für sich selber, sondern auch für alle Partner zu bürgen, dass man nicht dem Grundgesetz entgegenstehe. Die Feststellung alleine ist nichts Schlimmes, nur waren viele gezwungen anderen Vereinen, mit denen man zusammenarbeitete, hinterher zu schnüffeln und ihre Demokratiefähigkeit zu analysieren. Eine Kooperation auf Basis von Misstrauen ist jedoch keine solche. Dies hat die SPD immer kritisiert und nun das Verfahren zur Förderung von Vereinen so geändert, dass dieses unwürdige Hinterfragen entfällt. Aus meiner Sicht ist das ein wichtiger Erfolg für Familienministerin Schwesig und zeigt, dass die SPD zu ihren Zielen steht und diese auch erreichen möchte.

+++ Mehr Lobbyarbeit für die Freiwillige Feuerwehr in Berlin! +++

Im Jahr 2014 werden wir das Feuerwehrgesetz novellieren. Viele wissen gar nicht, dass wir in Berlin eine enge Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr haben. Die öffentliche Wahrnehmung ist, wenn es brennt kommt die Berufsfeuerwehr und wenn ein Fest ist, kommt die Freiwillige Feuerwehr. Dieser Eindruck ist völlig falsch. Gerade die SPD-Fraktion hat sich in der vergangenen Wahlperiode dafür eingesetzt, dass beide gleiche Schutzkleidung erhalten. Somit erkennt nur der „Profi“, ob die Freiwillige Feuerwehr oder die Berufsfeuerwehr vor Ort ist. Mein Eindruck ist der, dass die Freiwillige Feuerwehr keine wirkliche Lobby im Parlament oder in der Gesellschaft besitzt, obwohl es ohne sie keinen effektiven Brandschutz mehr geben würde. Die dort ehrenamtlich tätigen investieren Zeit, Geld, Nerven und auch ihr Leben für den Schutz der Berlinerinnen und Berliner.

Wir haben bei der Berliner Feuerwehr einen Investitionsstau von ca. 136 Millionen Euro. Darunter sind ca. 21 Millionen bei der Freiwilligen Feuerwehr. Ich hatte mich u.a. dafür eingesetzt, dass wir bei den Haushaltsberatungen 2014/15 die FF in Gatow insgesamt mit 1,3 Millionen Euro unterstützen konnten. Aber viele andere Wachen benötigen genauso die Unterstützung. Das Ziel muss sein, dass es ein konkretes Investitionsprogramm bei der baulichen Unterhaltung geben muss. Dieser Bedarf wird jedes Jahr wachsen, wenn das Parlament nicht reagiert. Auch hier zeigt sich, dass die Freiwillige Feuerwehr keine Lobby in der Innenverwaltung hat. Es geht dabei nicht nur um die Wertschätzung und die Anerkennung. Oftmals sind es die kleinen Dinge, welche eine Erleichterung bringen können. Ich bin sehr dafür, dass wir im neuen Feuerwehrgesetz das Mindesteintrittsalter streichen und auch die Vorgaben für das Gewicht. Entscheidend ist, dass die Männer und Frauen gesund sind und Lust darauf haben, etwas für die Gesellschaft zu tun.



Freiwillige Feuerwehr Köpenick
© bei <http://www.ff-koepenick.de>

Es geht darum, wie man Netzwerke schaffen kann und frühzeitig zu einer gesunden Jugendarbeit kommt, damit man später mehr Interessierte gewinnt. Es muss Zielvereinbarungen geben, damit sich beide Seiten festlegen und an einem Ziel arbeiten. Ich weiß, dass die momentane Stimmung in der Freiwilligen Feuerwehr nicht optimal ist. Diese Anzeichen müssen wir als Abgeordnete nicht nur aufnehmen, sondern sehr ernst nehmen. Die Freiwillige Feuerwehr braucht in den Bezirken und auf Landesebene eine klare Unterstützung. Die Mitgliederzahlen sind langsam, aber sicher rückläufig bei der Freiwilligen Feuerwehr. Dies kann sich zu einem massiven Problem entwickeln. Ein Beispiel ist das ‚Wachensterben‘, wie im Ortsteil Rahnsdorf in Treptow-Köpenick. Es fängt in den Außenbezirken an und endet in der Innenstadt. Das Berliner Modell mit Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr kann nur funktionieren, wenn man auf Augenhöhe arbeitet.

Ich bin gerne dabei, alles das zu tun, was der Freiwilligen Feuerwehr in Berlin hilft. Denn am Ende hilft sie uns, wenn wir sie brauchen.

➔ Artikel in der Berliner Woche vom 15.04.2014: <http://bit.ly/1hotn8R>

+++ Volksinitiative zum Nachtflugverbot von 22 bis 06 Uhr +++

In der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am 10. April wurde über eine Volksinitiative der Bürgerinnen und Bürger entschieden, die Verhandlungen über ein Nachtflugverbot von 22 bis 06 Uhr an Berliner Flughäfen erreichen wollte. Dem waren intensive Anhörungen und Debatten in mehreren Ausschüssen vorangegangen. Ich empfand es als enorm wichtig, dass dabei viele Argumente für ein Nachtflugverbot zur Sprache kamen und ganz eindeutig dargelegt wurde, was für eine Gesundheitsgefährdung hinter einem Flugbetrieb innerhalb dieser Zeiten steckt.

Bei der Abstimmung habe ich mich entgegen der Position meiner Koalition aus SPD und CDU enthalten und nicht gegen die Initiative gestimmt. Es war für mich eine sehr schwierige Entscheidung, die auch mich nicht vollends zufrieden gestellt hat. In meiner Zeit als Abgeordneter habe ich mich gemeinsam mit der SPD Treptow-Köpenick immer für ein Nachtflugverbot von 22 bis 06 Uhr stark gemacht. Im Falle des neuen Flughafens in Schönefeld gilt besonders – wer einen stadtnahen Flughafen haben will, muss die Einschränkungen im Betrieb akzeptieren. Es kann nicht sein, dass der Schutz der Bürgerinnen und Bürger, die ein Anrecht auf acht Stunden Schlaf haben, weniger wert besitzt. Ich bin keiner, der diesen Flughafen verteufelt, auch wenn der Standort ein schlechter ist. Aber besonders den Menschen in meinem Wahlkreis bin ich es schuldig, mich für sie einzusetzen. Deswegen habe ich auch beim Volksbegehren vor drei Jahren für ein solches Nachtflugverbot unterschrieben und mich seitdem auch in anderen Zusammenhängen dafür stark gemacht. Es gilt auch hier Vertrauensschutz.

Leider musste ich feststellen, dass meine Position keine Mehrheit in der Regierungskoalition hat. Die Zusammenarbeit zwischen Fraktionen beruht ebenso auf Vertrauen in gemeinsame Absprachen und gesicherteren Umgang miteinander. Auch ich möchte noch einige Dinge in der Koalition umsetzen und mit meinen Partnern in der SPD und der CDU durchbringen. Was viele abfällig als Fraktionszwang begreifen, ist jedoch schlicht notwendig für stabiles Regieren. Als Abgeordneter steckt man in solchen Situationen durchaus zwischen Verantwortung für den Wahlkreis und den wichtigen Entscheidungen, die noch kommen werden, fest. Auch diese werden Gutes für die Menschen von der Altstadt bis nach Müggelheim enthalten – etwa was die Stärkung ihrer Sicherheit betrifft. Daher habe ich mich für eine Enthaltung entschieden und meine Position zum Ausdruck gebracht. Ich werde dennoch nicht aufhören, mich für den Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Gemeinsam mit anderen Abgeordneten wollen wir uns Strategien überlegen, wie wir auf anderen Ebenen zu Veränderungen kommen können, etwa im Bundesrat. Auch dabei setze ich auf Ihre Unterstützung.

+++ Unterstützung der Flüchtlingsunterkunft Allende +++

In den letzten Jahren sind weit mehr Flüchtlinge nach Berlin gekommen, als zuvor und auch in diesem Jahr werden mehrere Tausend neue Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Berlin kommen. Auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und lebensabschneidender Armut benötigen sie während der Prüfung ihres Status eine Unterkunft. Im Allende-Viertel wurde im letzten Herbst vorübergehend eine Flüchtlingsunterkunft vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) eingerichtet. Das Bezirksamt hatte dazu Informationsveranstaltungen durchgeführt und gemeinsam mit Ehrenamtlichen vor Ort einen Runden Tisch eingerichtet. Dort treffen sich Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Viertel, um das Zusammenleben und das Umfeld für die Flüchtlinge so zu gestalten, dass alle sich wohl fühlen.

An einzelnen Stellen habe ich mich bemüht, den Mitgliedern des Runden Tisches unter die Arme zu greifen. Im Februar hatte es vereinzelte Kommunikationsschwierigkeiten mit der Polizei gegeben, die auf schnellstem Wege bereinigt werden konnten. Ich habe auch eine engere Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz angeregt, der die Entwicklung fremdenfeindlicher Aktivitäten intensiv beobachtet und mit dem Runden Tisch im Austausch steht. Zukünftig soll dort ein zusätzlicher Spielplatz errichtet werden und am 04. Juni ein Kinderfest stattfinden.

Im Namen des Runden Tisches wurde dem Vorsitzenden, Uli Haas, der Preis für Zivilcourage der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick verliehen. Auch ich kann das Engagement von ihm und seinen Mitstreiterinnen sowie Mitstreitern nicht hoch genug loben. Sie erweisen den Flüchtlingen, dem Allende-Viertel und dem ganzen Bezirk einen wichtigen Dienst.

+++ Tram-Linie 62 weiter gesichert und wird barrierefreier +++

Eine Kleine Anfrage von mir an den Senat hat ergeben, dass die Tram 62 gesichert bleibt. Schrittweise werden die Gleise in Wendenschloß weiter saniert und die Haltestellen barrierefrei gestaltet, was im großen Umfang schon geschehen ist. Eine gute Nachricht ist ebenso, dass die 62 zum Ende dieses Jahres nahezu komplett mit Niederflurbahnen befahren wird. Einzig zwei Schülerergänzungsfahrten werden mit alten Fahrzeugen geführt. Das ist ein sehr wichtiger Schritt für die Barrierefreiheit unserer Infrastruktur.

- Antwort zur Kleinen Anfrage vom 22.01.2014: <http://bit.ly/1rmjARK>
- Bericht in der Berliner Woche vom 15.04.2014: <http://bit.ly/1rocEnd>

+++ Zügiger Neubau der Salvador-Allende-Brücke geplant +++

Die teilweise bestehende Sperrung der Salvador-Allende-Brücke aufgrund von Rissen im Beton hat viele überrascht, auch wenn die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt schon im Juli 2013 über die Wahrscheinlichkeit informierte. Dies ergab eine Kleine Anfrage, die ich zu diesem Thema an den Senat gerichtet habe. Wichtig ist, dass für den Autoverkehr generell und besonders für die BVG, Polizei und Krankenwagen ein einigermaßen flüssiges Überfahren möglich ist. Danach sieht es momentan aus. Jetzt wird es verstärkt darum gehen, dass der Zeitplan für den Neubau eingehalten wird. Nach der Entscheidung zur Sperrung hat der Senat schnell reagiert und die Maßnahme vorgezogen. So haben die Planungen schon begonnen und in knapp einem Jahr soll mit dem Neubau gestartet werden. 2017 könnte dieser dann fertiggestellt werden und zumindest an einer Stelle in Treptow-Köpenick hätten wir ein drängendes Brückenproblem gelöst.

- Antwort zur Kleinen Anfrage vom 10.04.2014: <http://bit.ly/1np0k8l>
- Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt vom 14.02.2014: <http://bit.ly/1fq7Lon>

+++ SPD-Fraktionsklausur zur Innenpolitik – Was wird aus den Beschlüssen? +++

Bei unser Fraktionsklausur Ende Januar 2014 in Braunschweig haben wir unser innenpolitisches Rahmenprogramm 2014-2016 beschlossen. Ich bin froh darüber, weil wir es geschafft haben, Themen für die Stadt Berlin und ein klares Signal nach außen zu setzen. Beschlüsse sind gut, aber wie verläuft die Umsetzung? Wir werden in diesem Jahr das sogenannte ASOG („Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz“) novellieren. Die SPD-Fraktion und der Koalitionspartner haben sich auf einige Schwerpunkte verständigt, welche in die parlamentarische Beratung einfließen werden. Wir wollen beispielsweise eine Rechtsgrundlage für das Kfz-Kennzeichenscanning nach dem Vorbild des Landes Brandenburg schaffen. Wir hatten u.a. vereinbart, dass wir das Unterbindungsgewahrsam von 48 Stunden auf 72 Stunden erhöhen wollen und halten an einer unabhängigen Beschwerdestelle gegenüber der Berliner Polizei fest. Wir wollen eine Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung („G-13-Kommission“) durch ein Kontrollgremium einführen und sicherstellen und setzen uns dafür ein, dass wir mehr Polizeipräsenz an den Brennpunkten dieser Stadt



gewährleisten. Am Alexanderplatz soll etwa ein Modellversuch zwischen Bundes- und Landespolizei, sowie Ordnungsamt forciert werden. Eine Räumlichkeit ist gefunden und der Ball liegt nun beim Berliner Innensenator. Wir wissen, dass der öffentliche Dienst attraktiv sein muss, das bedeutet auch, dass die Angestellten und Beamten eine vernünftige Bezahlung erhalten müssen. 2014 und 2015 steigt beispielsweise die Besoldung bei den Beamten um 2,5 %. Auch wenn es auf der Bundesebene mittlerweile einen anderen Abschluss gibt, wollen wir am Ziel festhalten, dass wir eine Steigerung auf den Länderdurchschnitt erreichen.

Für mich als Abgeordneter aus Treptow-Köpenick ist es wichtig, dass wir das „Abschiebegewahrsam in Grünau“ schließen. Der Ball liegt bei der Innenverwaltung, nun die Fachaufsicht aufzugeben. Momentan wird zwischen den Bundesländern diskutiert, ob es ein zentrales Abschiebegewahrsam geben kann. Ich bleibe hierzu am Ball.

2014 wollen wir auch das Verfassungsschutzgesetz in Berlin novellieren. Strukturelle und personelle Veränderungen wurden bereits vollzogen. Dennoch kann es nicht dabei bleiben. Für uns sind die Erkenntnisse des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundes oder der NSU-Untersuchungsausschüsse der Länder ein wichtiger Faktor bei der Frage: Was muss weiterhin verbessert werden? Wir halten anders als Grüne und Linke am Verfassungsschutz fest. Auch wenn es hier große Unterschiede gibt, wollen wir einen parteiübergreifenden Konsens bei der Benennung einer Vertrauensperson für den Ausschuss für Verfassungsschutz.

Die Beschlüsse der SPD-Fraktion durchlaufen nun die Arbeitskreise der SPD-Fraktion und im Anschluss gehen sie an den Koalitionspartner. Dieser Prozess kann sich ziehen, aber entscheidend ist: Versprochen und Gehalten.

→ Beschluss der Fraktionsklausur – „Verantwortung für Liberalität und Sicherheit in einer Stadt der Vielfalt“: <http://bit.ly/1iQmE7Z>

+++ Gesprächsrunde mit den Auszubildenden der Berliner Polizei +++

Seit mehreren Jahren nehme ich regelmäßig an den Diskussionsrunden im Berliner Abgeordnetenhaus mit den Auszubildenden der Berliner Polizei teil. Die SPD und deren Koalitionspartner stehen dort Rede und Antwort. Leider hält die Opposition aus Grünen, Linken und Piraten nicht allzu viel davon und erscheint und so gut wie nie. Das ist zu bedauern, ändert aber nichts an der Intensität bei den Gesprächen.



Die Fragen sind recht unterschiedlich gestaltet. Mal geht es um die Schutzbekleidung, Schusswesten, Übernahme nach der Ausbildung oder Tagespolitik aus Berlin. Wir diskutierten auch über die Situation am Oranienplatz oder welche Haltung die Politik über den Einsatz vom Tasern besitzt. Für mich sind diese Gesprächsrunden äußerst wichtig, denn dort erhalten wir einen Einblick, wie unsere Politik auf die Berliner Polizei wirkt oder welche Vorurteile bestehen. Mittlerweile wiederholen sich oftmals die Themen. Sollte es Missstände geben, gehen wir der Sache nach und versuchen diese abzustellen.

Eine interessante Rückmeldung kam von einer größeren Klasse. Auf meine Frage hin, wie das Berliner Abgeordnetenhaus und das Plenum auf Sie wirke, kamen sehr offene und ehrliche Antworten. Sie waren teilweise entsetzt, dass sich im Plenum nicht gegenseitig zugehört wird und die Abgeordneten völlig andere Dinge tun. Auch das Erscheinungsbild spielte eine Rolle. Ich empfand diese Rückmeldung als sehr wichtig, weil wir im Parlament eine „Eigenwahrnehmung“ haben und es eine wichtige „Fremdwahrnehmung“ gibt. Nichtsdestotrotz freue ich mich auf die nächsten Gesprächsrunden und den gegenseitigen Austausch.

→ Kleine Anfrage zur Zukunft der Landespolizeischule: <http://bit.ly/1hrruUr>

+++ Kleine Erfolge beim Kampf gegen Diebstähle und Einbrüche +++

Ich habe den Senat im Februar 2014 umfangreich nach den Fällen von Diebstählen und Wohnungseinbrüche befragt. Dabei stand vor allem im Fokus, wie die Polizei in Treptow-Köpenick mit steigenden Vorfällen umgeht, wie sie ihr Personal einsetzt, was sie konkret unternimmt, um das Problem weiter einzudämmen und was die Bürgerinnen und Bürger selber tun können. Aus der Antwort des Innensenators lassen sich sehr viele interessante Entwicklungen ablesen. Auf der einen Seite sind in den Abschnitten 65 und 66 des Bezirks die Anzahl der Vorfälle leicht in den letzten Jahren gestiegen. Andererseits lassen sich erste Fortschritte bei der Bekämpfung der Taten erkennen – insbesondere bei der strafrechtlichen Verfolgung.

Generell lassen sich Einbrüche und Diebstähle aber nur schwer aufklären, da es bei diesen Verbrechen nur ganz selten zu einem Täter-Opfer-Kontakt kommt, was die Identifizierung erschwert. So bleibt die Aufklärungsquote oft sehr gering. Umso wichtiger ist es, dass Bewohnerinnen und Bewohner alle Ratschläge zur Sicherung der Polizei nutzen. Sie berät dabei telefonisch (030/4664-0), online (<http://www.berlin.de/polizei/praevention/index.html>) und vor Ort in Bürgersprechstunden – etwa in Müggelheim und in Rahnsdorf.

→ Alle Fakten und Antworten finden Sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage vom 14. März 2014: <http://bit.ly/1mD4o2F>

+++ Kampf gegen die Rockerkriminalität – Erschreckende Erkenntnisse +++

In mehreren Kleinen Anfragen an den Senat habe ich nach den Ermittlungen in der Rockerszene und den Handlungen des Landes gegen die Auswüchse organisierter Kriminalität gefragt. Die Antworten geben einen gefährlichen Zustand wieder und zeigen, dass wir uns in Berlin große Gedanken über Rocker und ihre Taten sowie Verbindungen machen müssen. Besonders die Kontakte zur Naziszene erschrecken dabei. Ich bin nicht bereit, dies hinzunehmen und einfach zuzuschauen. Auch in Zukunft werde ich mich gegen die Rockerkriminalität aktiv zur Wehr setzen, denn sie ist eine Gefahr für die Sicherheit in Berlin und Deutschland und das kann nicht akzeptiert werden.

→ Kleine Anfrage – „Verstrickungen zur Rechten Szene II“: <http://bit.ly/1hrv1SR>

→ Kleine Anfrage – „Rekrutierungsversuche in Berliner Haftanstalten“:
<http://bit.ly/ROmVPu>

→ Kleine Anfrage – „Aktivitäten der sogenannten „Streetgangs“ in Berlin“:
<http://bit.ly/1hoEEpH>

→ Kleine Anfrage – „Verbindungen zu Sicherheitsfirmen“: <http://bit.ly/1iihJrS>

→ Kleine Anfrage – „Personeller Aufwand der Berliner Polizei“: <http://bit.ly/1hrwFDM>

→ Kleine Anfrage – „Hilfe für Aussteiger?“: <http://bit.ly/1rokq xv>

→ Kleine Anfrage – „Einführung einer „Rockerklausel““: <http://bit.ly/1fa3Elq>

→ Kleine Anfrage – „Verschärfung des Waffenrechts“: <http://bit.ly/1fa3QRV>

→ Kleine Anfrage – „Zusammenarbeit und Netzwerkbildung“: <http://bit.ly/1ihMDGO>

→ Kleine Anfrage – „Zusammenarbeit und Netzwerkbildung II“: <http://bit.ly/1ftRoHp>

- Artikel auf Süddeutsche.de vom 29.01.2014 – „Rocker unterstützen Sportverein“:
<http://bit.ly/1nrsZtN>
- Artikel auf Welt.de vom 15.04.2014 – „Zwischen Rockern und Nazis gibt es Kontakte“:
<http://bit.ly/1ftTyaa>

+++ Schwierige CSD-Debatte in Berlin +++

Der Berliner CSD gehört zu Berlin, wie das Brandenburger Tor. Die gesamte Debatte um den CSD und dessen Umbenennung, macht eines deutlich: Es geht nur gemeinsam. Die Unzufriedenheit mit dem CSD-Vorstand und dessen Geschäftsführer schlug medial auf, als mein CDU-Kollege und ich uns in der BZ-Berlin gegen eine Umbenennung in Stonewall-Parade aussprachen. Seitdem ist viel geschehen. Die Streitkultur in der „Community“ lässt tief blicken. Viele persönliche, berufliche und private Interessen vermengen sich miteinander.

Wirklich sinnvoll wäre es, wenn es nach dem CSD 2014 einen „Runden Tisch“ mit allen Ebenen dieser Stadt geben würde. Unsere Stärke ist unsere Gemeinsamkeit – auch wenn der eine oder die andere unterschiedliche politische Forderungen hat. Eine Vielfalt darf die „Community“ nicht nur von der Mehrheitsgesellschaft einfordern. Sie muss diese Vielfalt auch leben.

- Artikel in der BZ vom 09.02.2014: <http://bit.ly/1jUhDcl>

+++ Eröffnung des ersten queeren Jugendhauses in Berlin +++

Bei der Eröffnung des ersten queeren Jugendhauses des lambda e.V. war ich vor Ort. In der Sonnenburger Str. 49 im Prenzlauer Berg hat seit 04. April ein Ort die Tore geöffnet, in dem Jugendliche Beratung, Freizeitgestaltung und einen Schutzraum für sich in Anspruch nehmen können.

Für die nächsten Haushaltsberatungen 2016/17 ist für mich klar, dass wir an dieses erstmalige Projekt in Berlin denken und eine feste finanzielle Unterstützung erreichen müssen.

- Pressemitteilung des Lambda e.V. vom 02.04.2014: <http://bit.ly/1ftNWMV>



+++ Anträge zur Initiative Sexuelle Vielfalt auf dem Weg +++

Seit über einem Jahr sind zwei Anträge zur Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV) in der SPD-Fraktion beschlossen. Unser Koalitionspartner hat nun auch die Hürde genommen und ihnen in veränderter Form zu gestimmt. Mein Ziel ist es, dass im Mai 2014 zwei von acht Anträgen ins Berliner Abgeordnetenhaus kommen. Sie decken den Bereich „Diversity und Pflege“, sowie „Dokumentation und Forschung“ ab. Ein wesentliches Ziel im Koalitionsvertrag ist es, die ISV weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. Was natürlich nicht geht, ist das die ISV „verstümmelt“ wird. Das wird dem Koalitionspartner weiter deutlich gemacht werden. Ich trete dafür ein, dass die ISV mit unserem Koalitionspartner soweit es geht, nach vorne kommt und Impulse in der Stadt setzt.

Gleichzeitig habe ich in Kleinen Anfragen die öffentliche Begleitung durch den RBB für wichtige queere Ereignisse und Fälle von homophober Hassgewalt thematisiert.

- Kleine Anfrage – „Keine Unterstützung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) für LGTBI-Interessen?“: <http://bit.ly/1psYQMP>
- Kleine Anfrage – „Hassgewalt und Homophobie durch den „Orden der Patrioten““:
<http://bit.ly/1roGale>
- Pressebericht in der queerpride vom 15.04.2014: <http://bit.ly/1ihFJRI>

+++ Kontakt +++

Gerne kontaktieren Sie mich per E-Mail an tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,
per Telefon unter 030 / 232 522 96 oder 0177 / 711 36 24,
per Post an: Tom Schreiber, MdA
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:
<http://www.tom-schreiber.eu/>

Und auf facebook: „Tom Schreiber, MdA“

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.